

**SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 AULA - Manuskriptdienst**

Wachstum macht noch keinen Wohlstand

Autor: Prof. Hans Diefenbacher *
Redaktion: Ralf Caspary / Gabor Paal
Sendung: Sonntag, 10. Januar 2010, 8.30 Uhr, SWR2

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula (Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden erhältlich. Bestellmöglichkeiten unter Telefon: 07221/929-6030!

SWR2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR2 Webradio unter www.swr2.de

Ansage:

Heute zum Thema „Wachstum schafft noch keinen Wohlstand“. In ihrem Werbespot vor der Bundestagswahl erklärte Angela Merkel gebetsmühlenhaft, unser Land braucht Arbeit, dafür brauchen wir Wachstum. Mit diesen Worten steht sie nicht alleine: „Wachstumskräfte mobilisieren“, das gehört seit jeher zum Wortbaukasten deutscher Politiker aller Parteien. Und zu ihren Ritualen gehört auch, dass uns alle Vierteljahr das Statistische Bundesamt die neuesten Wachstumswahlen verkündet und die Politiker darauf erwartungsgemäß reagieren: mit Erleichterung oder - je nachdem - Besorgnis. Viele Wirtschaftswissenschaftler halten die Fixierung auf das Wachstum dagegen schon lange für überholt, und das ist keine rein akademische Debatte mehr. Auch Frankreichs Präsident Sarkozy hat bereits gefordert, wir sollten uns davon verabschieden, unser Wohlergehen am Bruttoinlandsprodukt zu messen. Aber wie sonst? Der Umweltökonom Hans Diefenbacher hat noch für die alte Bundesregierung an einem Vorschlag mitgearbeitet, er hat ein Konzept entworfen für einen Nationalen Wohlfahrtsindex, der das Wohlergehen der Nation besser erfassen soll als die alten Kennzahlen Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum. Prof. Diefenbacher lehrt Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg und ist zugleich Beauftragter für Umweltfragen der Evangelischen Kirche Deutschland. In der folgenden SWR2 Aula erläutert er, warum die herkömmliche Wachstumsmessung in die Irre führt und wie er dazu kommt zu sagen, dass es bei uns in Wirklichkeit seit zehn Jahren kontinuierlich bergab geht.

Hans Diefenbacher:

Das Wachstum der Wirtschaft ist in den letzten 30 Jahren immer mehr zur Verheißung schlechthin geworden. Politiker, viele Medien und ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger erwarten sich Wohlstand und Lebensqualität vom Wachstum.

– „Kanzler, tu was!“ titelte die Bildzeitung im September 2003. Was war der Grund für diesen Hilferuf? - Das Wirtschaftswachstum lag bei „nur“ einem Prozent.

– „Deutschland - am Ende“ - so die Überschrift in einer Finanzmarkt-Zeitschrift im März 2004 - da betrug das Wachstum ein halbes Prozent.

– „Ein Wachstum von 3 % sollte doch einfach möglich sein!“ das ist die Sehnsucht vieler Politikerinnen und Politiker bis heute. Und Burkhard Schwenker gab noch 2006 bei einer großen Tagung in Berlin die Devise aus - Zitat - „Ziel ist: Verdoppelung des deutschen BIP in 30 Jahren.“

– Die EU-Staats- und Regierungschefs werden am 11. Februar bei einem Sondergipfel in Brüssel eine neue Wirtschaftsstrategie der Union beraten. Die EU brauche mehr Wachstum, um ihr Sozialmodell zu finanzieren, erklärte der neue ständige Ratspräsident der EU, Herman Van Rompuy, am Montag in Brüssel. Die 0,7 Prozent Wachstum, die im laufenden Jahr erwartet werden, werden in der Pressemitteilung der Union als „Mini-Wachstum“ bezeichnet.

In der Natur beobachten wir Wachsen und Vergehen, in stetem Rhythmus. In der Natur wächst nichts unbegrenzt. Nur in der Ökonomie soll dies möglich sein, wenn man all den Verlautbarungen der Politiker, aber auch mancher Wissenschaftlern Glauben schenkt - Grenzen des Wachstums werden zwar immer wieder diskutiert, der Bericht an den Club of Rome hat Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts für Aufsehen gesorgt - aber in die Zielsetzungen der Politik hat der Gedanke einer Wachstumsbegrenzung noch keinen Eingang gefunden. Im Gegenteil: Die neue Regierung hat mit der monströsen Wortschöpfung „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ diesem Unverstand zumindest vorläufig die Krone aufgesetzt. Kann das langfristig gut gehen? Oder kommt es, um kurzfristiger politischer Erfolge willen, gar nicht mehr darauf an?

Dabei bräuchte es zunächst nur einen einfachen Taschenrechner, um sich klar zu machen, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum weder möglich und vermutlich auch gar nicht sinnvoll wäre. Ein Wachstum von einem Prozent pro Jahr führt zu einer Verdoppelung des Anfangsbetrages in 72 Jahren. Wächst etwas mit drei Prozent, so verdoppelt sich der Anfangsbetrag in 23,5 Jahren. Bei vier Prozent Wachstum wäre nach ungefähr sieben Generationen das 1000fache des Anfangsbetrages erreicht. Und wäre seit Christi Geburt irgendetwas mit nur einem Prozent kontinuierlich gewachsen, hätten wir heute das unvorstellbare 44millionenfache des Anfangsbetrages erreicht.

Traditionell gilt nun das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Schlüsselindikator nicht nur für westliche Volkswirtschaften; an ihm orientieren sich weltweit Politik und Öffentlichkeit bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staates und des Erfolgs oder Misserfolgs der jeweiligen Wirtschaftspolitik. Wenn von Wachstum die Rede ist, dann ist in aller Regel das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts eines Landes gemeint. Wohl deshalb wurde dieser ökonomische Leit-Indikator auch in die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie seit 2002 übernommen - und zwar nicht nur als eigenständige Zielgröße, sondern auch als Bezugsgröße in anderen Indikatoren wie der Energie- und der Ressourcenproduktivität oder im Verkehrsbereich. Gerade an diesem Tatbestand - dass nach Ansicht der deutschen Regierungen, gleich welcher Couleur, das Wirtschaftswachstum auch ein Indikator für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie sein soll - entfachte sich - nach ersten kritischen Einschätzungen bereits in den 1980er Jahren - eine neuerliche Diskussion um die Aussagefähigkeit des Bruttoinlandsprodukts. Denn Nachhaltigkeit liegt nur dann vor, wenn wir unsere Bedürfnisse so befriedigen, dass die nach uns kommenden Generationen auch die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Nachhaltigkeitsstrategien sprechen daher notwendig Themen wie soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit an; sie versuchen, eine ökonomische Entwicklung in Gang zu setzen, die auch in Zukunft Bestand haben kann. Das Bruttosozialprodukt, verbunden mit dem Ziel kontinuierlichen Wachstums, gerät hier erkennbar in ein Spannungsfeld.

Die starke politische Fixierung auf das Bruttosozialprodukt und auf entsprechende Wachstumsraten stößt bei nicht wenigen Wissenschaftlern bereits seit geraumer Zeit auf Skepsis. Die Zweifel am Sinn dieser Messgröße werden vor allem genährt durch jene Kosten in Produktion und Konsum, die nicht zu einer Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Negative Begleiterscheinungen für die Umwelt-, Arbeits- und

Lebensbedingungen in einer Gesellschaft, die im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums entstehen können, reichen von Schädigungen von Wasser, Boden und Luft bis zu der nicht wieder gut zu machenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Aber auch die soziale Ausgrenzung der Menschen, die dem Leistungsdruck nicht mehr gewachsen sind, der niedrig Qualifizierten, deren Arbeitsplätze um geringer betriebswirtschaftlicher Kostenvorteile „erfolgreich“ wegrationalisiert worden sind, all das muss hier angesprochen werden.

Auf diese negativen Folgen reagiert unsere Gesellschaft zum Teil überhaupt nicht - die Schäden werden einfach in Kauf genommen - um so leichter und eher, je weiter, wie beim Klimawandel, die Schäden erst in der Zukunft auftreten, während den Nutzen unseres verschwenderischen Umgangs mit Ressourcen wir heute haben. Auf andere Schäden reagieren wir mit so genannten kompensatorischen Ausgaben - etwa zur Reparatur von Umweltschäden. Aber diese Ausgaben dienen oft nur dazu, den vorherigen Stand der Wohlfahrt und der Lebensqualität wiederherzustellen, etwa wenn mit Lärmschutzwänden der Lärm in Wohngebieten verringert wird, der vor dem Bau der Schnellstraße gar nicht vorhanden war; wenn Autos nach Verkehrsunfällen repariert werden und vieles andere mehr. Bei der Berechnung des BIP/BNE schlagen diese Ausgaben aber positiv zu Buche. Auf diese Weise kann ein so genanntes „Leerlauf-Wachstum“ entstehen: in diesem Fall ist ein kontinuierlich steigender Anteil des Wirtschaftswachstums nötig, um negative Folgen des Wirtschaftens zu beseitigen, die es ohne dieses Wachstums gar nicht gegeben hätte. Zunehmend zeigt sich in den letzten Jahrzehnten, dass diese Aufwendungen vermutlich nicht zum Aufbau einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung ausreichen.

Aber auch in gegenteiliger Hinsicht ist das Bruttosozialprodukt als Maßstab für die Wohlfahrt einer Gesellschaft unbefriedigend, denn eine Reihe von Wert schöpfenden Aktivitäten bleiben im Bruttoinlandsprodukt unberücksichtigt, die positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Die Wertschöpfung durch Hausarbeit und durch ehrenamtliche Tätigkeiten wird im Bruttoinlandsprodukt nicht berücksichtigt. Das führt zu der paradoxen Situation, dass das Bruttosozialprodukt steigt, wenn zwei Personen sich gegenseitig dafür bezahlen, wenn sie ihr Geschirr gegenseitig spülen; wenn beide ihr jeweils eigenes Geschirr spülen und diese Ausgabe dadurch sparen, sinkt das Bruttoinlandsprodukt wieder. erinnern Sie sich noch an die Förderung der so genannten „haushaltsnahen Dienstleistungen“?

Schwerer wiegt jedoch an der Nichtberücksichtigung von Hausarbeit und Ehrenamt im Bruttoinlandsprodukt, dass damit eine systematische Missachtung, zumindest aber eine zu geringe Wertschätzung dieser Arbeiten einhergeht - und das heißt nichts anderes, dass hier in erster Linie - wieder einmal - die Arbeit von Frauen gering geschätzt wird, denn diese ganz unverzichtbare volkswirtschaftliche Wertschöpfung führt ja nicht zu einem Wachstum, jedenfalls nicht, solange es so gemessen wird wie heute üblich.

Fassen wir kurz den ersten Schritt zusammen: In der Wahrnehmung von Politik und Öffentlichkeit hat sich das quantitative Wirtschaftswachstum als Leitgröße der Politik über die letzten Jahrzehnte immer mehr in den Vordergrund geschoben. Lange Zeit war ja auch die Strategie, ökonomische und soziale Probleme über Wirtschaftswachstum zu

lösen, weitgehend erfolgreich - zumindest an der Oberfläche und wenn man nicht die Folgen der damit verbundenen Wirtschaftsweise für die zukünftigen Generationen berücksichtigt. So wird nur langsam akzeptiert, dass es Wirtschaftswachstum ohne Wohlfahrtszuwachs geben kann - dann nämlich, wenn die negativen Effekte des Wachstums die Wohlfahrtsgewinne wieder aufzehren. Und auch das Gegenteil ist möglich: ein Zuwachs an Lebensqualität, der kein Wirtschaftswachstum braucht. Die logische Schlussfolgerung, unser Verständnis der gesellschaftlichen Wohlfahrt vom ökonomischen Wachstum abzulösen, erscheint dennoch und nicht nur in Deutschland bislang kaum vorstellbar, wenn nicht sogar revolutionär. Denn damit wäre möglicherweise eine Abkehr, zumindest aber eine Ergänzung des in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit dominanten Bruttosozialprodukts für das Wohlergehen einer Gesellschaft verbunden.

Gerade in den letzten Jahren hat sich indes eine lebhaft internationale Diskussion darüber entwickelt, wie gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlfahrt inhaltlich und methodisch besser gemessen werden können; eine Diskussion, an der sich nicht nur die Wissenschaft sondern auch Institutionen wie die Europäische Union, die OECD und die Vereinten Nationen beteiligen. Eine Reihe von Berichtssystemen und Indices wurden veröffentlicht, die in ihrer Gesamtheit viele Lücken der Wohlfahrtsmessung schließen, ohne dass sie immer speziell zu diesem Zweck konzipiert worden wären: So gibt es Sozial- und Umweltberichterstattungssysteme, Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Indikatoren zur Erfassung der Lebensqualität. Um dem Bruttoinlandsprodukt jedoch „auf Augenhöhe“ eine Alternative gegenüberstellen zu können, wird es erforderlich sein, nicht nur ergänzende Berichterstattungs- und Indikatorensysteme zu konzipieren, sondern die verschiedenen Aspekte einer Wohlfahrtsrechnung in *einem* neuen Wohlfahrtsindex zusammenzufassen. Wie könnte das gehen?

Um die bisherigen Defizite der Sozialproduktberechnung sichtbar zu machen, schlagen mein Kollege Roland Zieschank von der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin und ich einen neuen nationalen Wohlfahrtsindex vor, der das Bruttoinlandsprodukt zumindest ergänzen könnte. Dabei erfinden wir das Rad keineswegs neu, denn ähnliche Ansätze gibt es mittlerweile bereits gut 25 Jahre. Der Index ist aus mehreren Teilindikatoren zusammengesetzt. Er ist eine monetäre Kenngröße, das heißt, alle Teilindikatoren liegen jährlich als Größen vor, die in Geldeinheiten bewertet sind - oder sie könnten theoretisch in dieser Form vorliegen, wenn die Daten in der erforderlichen Qualität bereit gestellt würden. Hier liegt ein Problem, auf das ich noch zu sprechen komme. Insgesamt umfasst der neue Nationale Wohlfahrtsindex in seiner Grundvariante 21 Teilindikatoren.

– Der NWI geht von der Basisgröße „Privater Verbrauch“ aus, also vom Konsum der Privaten Haushalte. Dieser Ausgangspunkt beruht auf der Annahme, dass der Private Verbrauch - der Konsum von Gütern und Dienstleistungen durch die Haushalte - diesen einen positiven Nutzen stiftet und damit zur Wohlfahrt beiträgt. Wir maßen uns also nicht an, Menge und Qualität des Konsums zu bewerten.

– Aufgrund der Überlegung, dass ein zusätzliches Einkommen für einen armen Haushalt eine höhere zusätzliche Wohlfahrt stiftet als für einen reichen Haushalt, wird der Private

Verbrauch mit der Einkommensverteilung gewichtet. Das bedeutet: Je ungleicher verteilt das Einkommen einer Gesellschaft ist, desto niedriger ist - unter sonst gleichen Bedingungen - der NWI.

– Dann wird die nicht über den Markt bezahlte Wertschöpfung durch Hausarbeit und Ehrenamt einbezogen. Die Entscheidung, diese Formen der Wertschöpfung im Bruttoinlandsprodukt nicht zu berücksichtigen, war bereits zur Zeit der Konzeptbildung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kontrovers diskutiert worden. Aufgrund von Untersuchungen über die Zeitverwendung der Bundesbürger wissen wir ungefähr, wie viel Zeit die Menschen mit Hausarbeit und mit ehrenamtlicher Tätigkeit in Deutschland verbringen. Diese Zeit wird mit dem sehr niedrigen Stundensatz, den ungelernte Haushaltshilfen durchschnittlich bekommen, bewertet und in den Wohlfahrtsindex positiv eingerechnet.

– Sechs Indikatoren bilden zusätzliche soziale Faktoren ab, die im Bruttoinlandsprodukt in dieser Weise nicht berücksichtigt werden. Einerseits werden Wohlfahrt stiftende Ausgaben des Staates für Gesundheit und Bildung addiert, andererseits Kosten etwa von Kriminalität oder Verkehrsunfällen abgezogen.

– Ökologische Faktoren werden durch neun weitere Indikatoren erfasst: Ausgaben zur Kompensation von Umweltschäden, Schadenskosten aufgrund unterschiedlicher Umweltbelastungen und Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen.

– Schließlich enthält der NWI in seiner Grundform zwei ökonomische Indikatoren, und eine zusätzlich ausgewiesene Variante des NWI bezieht darüber hinaus (negativ) die Nettoneuverschuldung öffentlicher Haushalte ein. Denn die Schulden, die heute entstehen, müssen zukünftige Generationen bedienen, die dadurch ihren Handlungsspielraum einengen müssen. Positiv im neuen Wohlfahrtsindex werden hingegen die öffentlichen Ausgaben zum ökologischen Umbau der Wirtschaft mit berücksichtigt, denn wir gehen davon aus, dass ein solcher Umbau die Wohlfahrt der zukünftigen Generationen steigern wird.

Ich habe es schon oben angedeutet: Die Verlässlichkeit der Datengrundlage ist für die einzelnen Indikatoren noch sehr unterschiedlich. Während einige Werte auf leicht verfügbaren Daten aus offiziellen Statistiken beruhen, handelt es sich bei anderen um Schätzwerte, die bei einer Weiterentwicklung des NWI durch vertiefende Analysen geprüft werden müssen. Auch die Frage der Bewertung in Geldeinheiten kann mit den vorhandenen Daten und Methoden noch nicht immer völlig zufrieden stellend gelöst werden. Wie viel Schaden richtet zum Beispiel eine Tonne Kohlendioxid an, die beispielsweise durch den Verbrauch von Kohle oder Erdöl an die Atmosphäre abgegeben wird? Das Bundesumweltamt hat hierzu eine Studie vorgelegt, die als ein höchst wahrscheinlich nicht zu hoher Wert den Betrag von 70 Euro pro Tonne angibt. Mit diesem Betrag rechnen wir - aber das könnte sich durch zukünftige Klimaschäden auch als viel zu niedrig herausstellen.

Vergleicht man nun den aus den sozialen, ökologischen und ökonomischen Teilindikatoren aggregierten Nationalen Wohlfahrtsindex für den Zeitraum 1990 bis 2007

in seiner modifizierten Form mit dem BNE, ergibt sich folgendes Bild: Das Bruttoinlandsprodukt steigt in dieser Zeit fast kontinuierlich leicht an. Der Nationale Wohlfahrtsindex steigt in den ersten Jahren, 1990 bis 1994, stärker an als das Bruttoinlandsprodukt. Seit dem Jahr 2001 sinkt der Nationale Wohlfahrtsindex jedoch stetig - mit Ausnahme des Jahres 2004 -, während das Bruttoinlandsprodukt weiter wächst. Worauf hat dies nun zu sagen?

Die wichtigste Erkenntnis des Vergleichs ergibt sich aus dem *Verlauf* der Kurven, an dem sich ablesen lässt, ob das Bruttoinlandsprodukt die Richtung von Wohlfahrtsänderungen korrekt anzeigt. Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Kurven weist darauf hin, dass dies möglicherweise nicht der Fall ist: Während das BNE über die gesamte Periode recht stetig ansteigt, erreicht der nationale Wohlfahrtsindex, wie gerade ausgeführt, um das Jahr 2000 seinen Höhepunkt und sinkt in den letzten Jahren erkennbar. Verantwortlich für das Sinken des NWI sind insbesondere die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung und die negativen Effekte im Umweltbereich, deren quantitativ größter Posten die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen darstellen. Positiv eingehende Faktoren, insbesondere der Wert der Hausarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeiten, die ebenfalls zunehmen, können dies nicht ausgleichen. Und wieder einmal zeigt sich: Nicht alle wirtschaftlichen Aktivitäten steigern die Wohlfahrt der Menschen, bei einigen überwiegen die negativen Folgen im ökologischen und sozialen Bereich, andere wirtschaftliche Aktivitäten werden nur unternommen, um vorherige negative Folgen wieder gut zu machen.

Wenn wir also durch die Berechnung des Wohlfahrtsindex zeigen können, zumindest aber den begründeten Verdacht haben, dass gerade in den letzten Jahren das Wirtschaftswachstum keineswegs immer zu einer Steigerung der Wohlfahrt und damit der Lebensqualität der Menschen im Land geführt hat - müsste das nicht Folgen haben für die wirtschaftspolitische Debatte? Müsste es nicht Folgen haben für die Beantwortung der Frage, an welchen Kriterien wir Erfolg oder Misserfolg unserer Wirtschaftspolitik messen? Heißt das nicht, dass wir in der Politik viel stärker auf die *Wohlfahrt* als der zentralen Zielsetzung abstellen müssten und die Rolle des *ökonomischen Wachstums* - vor allem aufgrund seiner Fragwürdigkeit unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten - als gesellschaftlicher Zielsetzung viel zurückhaltender bewerten müssten?

Diese Überlegungen lassen sich weiter präzisieren:

1. Der NWI eröffnet die Chance, andere Quellen des Wohlstands und der Wohlfahrt besser zu erkennen und zu stärken: Hierzu gehört eine gerechtere Einkommensverteilung, die Wertschätzung sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements und die Minderung von Umweltbelastungen und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen.
2. Diese anderen Quellen der Wohlfahrt bilden nicht zuletzt einen wichtigen „Puffer“ in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Denn der Nationale Wohlfahrtsindex wird in der Wirtschaftskrise voraussichtlich weniger sinken als das Bruttoinlandsprodukt - nicht zuletzt wird dadurch erneut deutlich, wie wichtig eine gut funktionierende soziale und

ökologische Infrastruktur ist und eine stabile regionale Ökonomie. Eine Gesellschaft mit diesen Eigenschaften wird weniger krisenanfällig sein gegenüber importierten Katastrophen aus der globalen Ökonomie.

3. Die Abhängigkeit einer Gesellschaft von den ökonomischen Wachstumsraten als zentraler Orientierungsgröße würde abnehmen, wenn sie sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern auch am neuen Nationalen Wohlfahrtsindex. An orientieren würde. In mehreren westlichen Staaten sind die BIP-Kennzahlen künstlich hoch gehalten worden. Das ginge über massive Verschuldungsstrategien und über die entsprechende Aufblähung und Überbewertung monetärer Vermögenswerte - von Immobilien bis Finanzderivaten. Ein modern konstruierter Wohlfahrtsindex würde hier - bei entsprechend zeitnaher Datenverfügbarkeit - Frühwarnsignale liefern können.

4. Umgekehrt: Die Wohlfahrt mit den Aspekten, wie sie im Nationalen Wohlfahrtsindex enthalten sind, kann auch weiter steigen, selbst wenn das traditionelle wirtschaftliche Wachstum sich abschwächt oder stagniert. Mehr noch: Eine stetige Zunahme ist, zum anderen, im Prinzip nicht prinzipiell problematisch - im Unterschied zu Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts, die in der Regel zumindest ökologisch nicht nachhaltig sind.

5. Die stärkere Orientierung an gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt ermöglicht - um einen Diskussionsvorstoß zum „Kern“ der traditionellen ökonomischen Argumentationsmuster zu unternehmen - eine stärkere Hinwendung zu qualitativem Wachstum: Während es beim Bruttoinlandsprodukt vollkommen neutral, um nicht zu sagen, gleichgültig ist, ob eine bestimmte Wirtschaftsaktivität nachhaltig oder nicht nachhaltig ist, ist beim Nationalen Wohlfahrtsindex dies nicht der Fall, im Gegenteil: Es wird unmittelbar ersichtlich, ob ein Staat Wachstum auf Kosten seiner natürlicher Ressourcen erzielt oder auf anderem Wege, und ob der die Umwelt dabei belastet oder nicht. Die Staaten, die eine Nachhaltigkeitsstrategie ausgearbeitet haben und zielstrebig umsetzen, könnte der Nationale Wohlfahrtsindex eine wesentlich bessere Richtschnur für Erfolg oder Misserfolg geben, vor allem in mittel- und langfristiger Perspektive.

6. Um einen oft gehörten Einwand an dieser Stelle aufzunehmen: Wir verkennen nicht die Automatismen der bestehenden Wachstumszwänge, die durch Zinszahlungen für schon bestehende Staatsschulden und Investitionen, durch den internationalen Wettbewerb und die Globalisierung sowie durch die Notwendigkeit der Sicherung der Sozialsysteme charakterisiert sind, wobei diese Wachstumszwänge die Rezession auch nicht verhindern konnten. Der Nationale Wohlfahrtsindex regt aber an, zusätzliche Unterscheidungen vorzunehmen, um auf diese Krise angemessen reagieren zu können: Differenziert wird in Wachstum finanzieller Kenngrößen und in Wachstum von physischen Kenngrößen, das heißt, unterschieden wird zwischen Geldgrößen und den Stoff- und Energieströme sowie den Eingriffen in Umwelt und Natur. Das Wachstum von privaten Einkommen und staatlichen Einnahmen eines Landes ist als solches kein Problem, finanzielle Zuwächse auf Konten belasten zunächst nicht die Ökosysteme. Soziale oder politisch relevante Aspekte derartiger Zuwächse werden über die Einkommensverteilung und über den Verschuldungsgrad mit angesprochen. Hingegen wird man nicht umhin kommen, die physischen Dimensionen des Wirtschaftswachstums, also den Energie- und den Verbrauch nicht erneuerbarer

Rohstoffe, aus klima- und umweltpolitischen und aus ethischen Gründen zu begrenzen: Ich nenne nur als Stichworte die Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern, und die Gerechtigkeit zwischen den jetzigen und den zukünftigen Generationen, die zum Leitbild einer aufgeklärten, modernen Wirtschaftswissenschaft werden müssen.

7. Die Schlussfolgerungen, die wir aus der Gegenüberstellung des Bruttoinlandsprodukts und des neuen, nationalen Wohlfahrtsindex ziehen können, sind nicht neu. Die Gegenüberstellung verstärkt aber die einer Abkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energie- und Ressourcenverbrauch, letztlich nicht nur in relativen, sondern auch in absoluten Größen. Zum anderen wird damit eine ökologische Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft angesprochen. Stichworte sind hier „Grüne Innovationen“ und Investitionen, eine Stärkung der so genannten „ökologischen Industrien“, der unbedingte Vorrang der Förderung von Ressourceneinsparungen und Effizienzsteigerungen sowie eine gewisse Abkehr von materiellen Produkten als häufig stark dominierender Grundlage für die Lebenszufriedenheit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten.

8. Inwieweit ein stärker qualitatives Wachstum im skizzierten Sinne wirklich ausreichende ökologische Entlastungen, neue Arbeitsplätze, bessere Wettbewerbsfähigkeit und eine Entlastung der Staatsausgaben bringt, kann durch eine Wohlfahrtsrechnung nicht beantwortet, aber angemessener diskutiert werden. Das neue Berichtssystem enthält eine Reihe politischer Potenziale. So verbessert sich die Informationsbasis der politischen Entscheidungsfindung, Die Bereitstellung zuverlässiger und differenzierter Informationen über eine alternative Sicht der Wirtschaftsentwicklung stellt zudem eine wichtige Grundlage für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einer gesellschaftlichen Zieldiskussion dar: Was bedeutet gesellschaftlicher Fortschritt, und wie ist er zu erreichen?

Eine solche Diskussion ist in nächster Zeit ganz unverzichtbar, denn es kann nicht einfach theoretisch abgeleitet werden, welche Faktoren in Ergänzung zum traditionellen Bruttoinlandsprodukt bei einer Wohlfahrtsmessung berücksichtigt werden müssen. Dieser Umstand scheint jedoch immer weniger als Argument dafür herhalten zu können, eine solche neue Betrachtung gar nicht zu beginnen. Denn die zuständige Statistik ist mit einem zunehmenden Legitimitätsproblem konfrontiert, wenn die Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit bei einer steigenden Zahl von Menschen von den Aussagen der offiziellen Berichterstattung abweicht. Keine Lösung wäre hingegen, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die hier skizzierten Ergänzungen aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Perspektive ganz über Bord zu werfen und sich der neuerdings modisch gewordenen Messung von „Glück“ zuzuwenden. Bei allen, insbesondere den umfragebasierten Konzepten der Glücksforschung geraten die zukünftigen Generationen weitgehend aus dem Blickfeld, und auch die Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern spielt hier eine nur sehr untergeordnete Rolle. Schließlich konnte häufig gezeigt werden, dass sich Menschen unter bestimmten, unvoreilhaftigen Lebensbedingungen an Elend gewöhnen und daher trotz miserabler Lebensumstände eine erstaunlich hohe Zufriedenheit äußern können.

Daher halten wir es für unverzichtbar, jenseits des Bruttoinlandsprodukts ein den modernen Gesellschaften angemessenes Maß für Wohlstand zu konzipieren und in der

regelmäßigen statistischen Berichtserstattung zu verankern. Das zwanzigste Jahrhundert mag das Zeitalter der neoliberalen und keynesianischen Wirtschaftstheorie gewesen sein, mit der dazugehörigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das einundzwanzigste Jahrhundert erfordert eine Neujustierung von Prioritäten. Es müssen Lösungen gefunden werden, die ein friedliches Zusammenleben der Menschen fördern, auf der Basis einer weltweiten sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Lebenschancen für zukünftige Generationen. All dies ist nur in den Grenzen der Verfügbarkeit der Ressourcen möglich, die die Natur uns bietet. Eine zukunftsfähige Ökonomie der Nachhaltigkeit erfordert neue Koordinaten, neue Mess-Systeme. Der Nationale Wohlfahrtsindex ist hier vielleicht ein sinnvoller Baustein.

*** Zum Autor:**

Prof. Hans Diefenbacher lehrt Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg und leitet den Bereich Frieden und Nachhaltige Entwicklung an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Er ist außerdem Beauftragter für Umweltfragen bei der Evangelischen Kirche Deutschland. Nach seinem Studium der Volkswirtschaft in Freiburg und Heidelberg, promovierte Hans Diefenbacher 1983 und habilitierte sich im Jahr 2000 zum Thema "Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit". Er ist Mitglied in mehreren Vereinigungen, so u. a. bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, der Society for International Development, der International Association of Energy Economists und bei der Internationalen Martin-Buber-Gesellschaft.

Bücher (Auswahl):

- (Hrsg.) Reihe Die Gesellschaft. Metropolis-Verlag Marburg, bislang 4 Bände. 2007 - 2009.
- Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt. 2001.